



Interaktiver Fall 1: „Die Unterbrechung der Versorgung“

K schließt mit der Stromwerk GmbH einen Stromliefervertrag, der auszugsweise in § 16 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen folgende Klausel enthält:

„Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei der Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist die Stromwerk GmbH berechtigt, die Versorgung vier Wochen nach Androhung unterbrechen zu lassen und den zuständigen Netzbetreiber nach § 24 Abs. 3 der Niederspannungsanschlussverordnung mit der Unterbrechung zu beauftragen. Dies gilt nicht, wenn der Kunde darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt. Die Stromwerk GmbH kann schon mit der Mahnung zugleich die Unterbrechung der Versorgung androhen. Wegen Zahlungsverzuges darf die Stromwerk GmbH eine Unterbrechung nur durchführen lassen, wenn der Kunde nach Abzug etwaiger Anzahlungen mit Zahlungsverpflichtungen von mindestens 50 Euro in Verzug ist. Bei der Berechnung der Höhe des Betrages bleiben diejenigen nicht titulierten Forderungen außer Betracht, die der Kunde form- und fristgerecht sowie schlüssig begründet beanstandet hat. Der Beginn der Unterbrechung ist dem Kunden drei Werktage im Voraus anzukündigen.“

Fortsetzung



K ist im Mai 2013 mit seinen Abschlägen insgesamt 90 € im Rückstand. Vertriebsmitarbeiter V droht K am 1.5.2013 die Sperrung zum 1.6.2013 an. Am 28.5.2013 kündigt V die Unterbrechung der Versorgung erneut zum 1.6.2013 an. K ist empört. „*Jetzt zahle ich erst recht nicht*“, sagt K zu V. Er droht V darüber hinaus rechtliche Schritte für den Fall der Versorgungsunterbrechung an. K meint, diese sei im Übrigen schon deshalb unzulässig, weil er seinem Hauskater dann kein warmes Futter mehr zubereiten könne. V lässt die Stromversorgung durch seinen Außendienstmitarbeiter A unterbrechen.

Zu Recht?

[Weiter](#)



Wie lautet die Fallfrage?

Weiter



Anspruch der Stromwerk GmbH auf Unterbrechung der Stromversorgung?

[Weiter](#)



A. Anspruch aus § 16 des Stromliefervertrages der Parteien

1. Vertragsklausel

A. Anspruch aus § 16 des Stromliefervertrages der Parteien

Möglicherweise ergibt sich der Anspruch aus § 16 des zwischen K und der Stromwerk GmbH geschlossenen Stromliefervertrages.

1. Vertragsklausel

K ist mit seinen Zahlungen i.H.v. 90 € im Rückstand. Nach § 16 der zwischen den Parteien vereinbarten Klausel ist die Stromwerk GmbH bereits bei Rückständen ab 50 € berechtigt, die Versorgung einzustellen.

[Weiter](#)



A. Anspruch aus § 16 des Stromliefervertrages der Parteien

1. Vertragsklausel

2. Zwischenergebnis

Auf die Verhältnismäßigkeitserwägungen kommt es nach der vereinbarten Regelung ebenfalls nicht an.

2. Zwischenergebnis

Nach § 16 des Stromliefervertrages ist die Stromwerk GmbH mithin grundsätzlich berechtigt, die Versorgung unterbrechen zu lassen.

Weiter



A. Anspruch aus § 16 des Stromliefervertrages der Parteien

1. Vertragsklausel
2. Zwischenergebnis
3. AGB-Kontrolle

3. AGB-Kontrolle

Das setzt jedoch voraus, dass die vereinbarte Klausel auch wirksam ist. Es soll zunächst unterstellt werden, dass es sich bei der vereinbarten Klausel um eine Allgemeine Geschäftsbedingung i.S.d. § 305 Abs. 1 BGB handelt und dass diese wirksam i.S.d. § 305 Abs. 2 BGB in den Vertrag einbezogen worden ist.

Fraglich ist aber, ob die Klausel auch mit den §§ 309, 308 BGB vereinbar ist.

[Weiter](#)



A. Anspruch aus § 16 des Stromliefervertrages der Parteien

1. Vertragsklausel
2. Zwischenergebnis
3. AGB-Kontrolle

a) Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB

a) Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB

Das setzt voraus, dass die §§ 309, 308 BGB überhaupt anwendbar sind. Nach § 310 Abs. 2 BGB finden die §§ 308 und 309 keine Anwendung auf Verträge der Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen über die Versorgung von Sonderabnehmern mit elektrischer Energie aus dem Versorgungsnetz, soweit die Versorgungsbedingungen nicht zum Nachteil der Abnehmer von Verordnungen über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung von Tarifkunden mit elektrischer Energie abweichen. Fraglich ist also, ob der hier zwischen den Parteien vereinbarte § 16 mit § 19 StromGVV vereinbar ist. Die ersten Sätze beider Paragraphen stimmen nahezu wörtlich überein. Auf den Sondervertrag zugeschnitten worden sind nur die Worte „Grundversorger“ und „Grundversorgung“.

§ 19 Abs. 2 Satz 2 StromGVV lautet:

„Dies gilt nicht, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen oder der Kunde darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt.“

Dieser Satz fehlt jedoch vollständig. Ferner ist nach § 19 Abs. 2 Satz 4 die Unterbrechung erst zulässig, wenn der Kunde 100 € in Verzug ist. § 16 weicht somit in zwei Fällen zu Lasten des Kunden von der StromGVV ab. Zum einen fehlt die Verhältnismäßigkeitsabwägung, zum anderen wurde die 100 € Grenze auf 50 € herabgesenkt. Die Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB ist somit nicht gesperrt.

Weiter



A. Anspruch aus § 16 des Stromlieferungsvertrages der Parteien

1. Vertragsklausel
2. Zwischenergebnis
3. AGB-Kontrolle

a) Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB

b) Verstoß gegen die Regelbeispiele der §§ 309, 308 BGB

b) Verstoß gegen die Regelbeispiele der §§ 309, 308 BGB

Die Klausel verstößt jedoch gegen keine in den §§ 309, 308 BGB aufgezählten Regelbeispiele.

Weiter



A. Anspruch aus § 16 des Stromlieferungsvertrages der Parteien

1. Vertragsklausel
2. Zwischenergebnis
3. AGB-Kontrolle
 - a) Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB
 - b) Verstoß gegen die Regelbeispiele der §§ 309, 308 BGB
 - c) Vereinbarkeit der Klausel mit § 307 BGB

c) Vereinbarkeit der Klausel mit § 307 BGB

Fraglich ist schließlich, ob die Klausel mit § 307 BGB vereinbar ist. Nach § 307 Abs. 1 Ziffer 2 liegt eine unangemessene Benachteiligung i.d.R. dann vor, wenn die vereinbarte Bestimmung von den wesentlichen Grundgedanken einer gesetzlichen Regelung abweicht. Diesen Rechtsgedanken hat der BGH durch seine Leitbildrechtsprechung am 17.12.2008, VIII ZR 274/06, fortentwickelt und klargestellt, dass die AVB-GasV und die AVBEltV, die Vorgänger der GasGVV und StromGVV, eine „Leitbildfunktion im weiteren Sinne“ haben. Sie verkörpern, so das Gericht in Rn. 20, eine Wertentscheidung, die der Ordnungsgeber im Tarifkundenbereich getroffen habe und enthalten somit einen gewichtigen Hinweis auf das, was auch im Vertragsverhältnis mit Sonderabnehmern als angemessen zu betrachten sei. Diese Indizwirkung ergebe sich aus der Absicht des AGB-Gesetzgebers, weiterhin eine Versorgung der Sonderabnehmer ganz oder teilweise zu den für Tarifabnehmer geltenden Bedingungen zuzulassen, so das Gericht weiter. Die damit angestrebte sachliche Gleichbehandlung von Tarif- und Sondervertragskunden beruhe auf dem Gedanken, dass Sonderabnehmer regelmäßig keines stärkeren Schutzes bedürfen als Tarifabnehmer. Dies habe der Gesetzgeber in der Gesetzesbegründung zu § 310 Abs. 2 BGB ausdrücklich bestätigt und ausgeführt, dass es den Versorgungsunternehmen freistehen müsse, ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen mit Sonderabnehmern entsprechend den Allgemeinen Versorgungsbedingungen zu gestalten (so der BGH mit Verweis auf die BT-Drucksache 14/6040, S. 160).

Weiter



A. Anspruch aus § 16 des Stromlieferungsvertrages der Parteien

1. Vertragsklausel
2. Zwischenergebnis
3. AGB-Kontrolle
 - a) Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB
 - b) Verstoß gegen die Regelbeispiele der §§ 309, 308 BGB
 - c) Vereinbarkeit der Klausel mit § 307 BGB
 - d) Zwischenergebnis

d) Zwischenergebnis

Die in § 16 zwischen den Parteien vereinbarte Klausel widerspricht somit dem Leitbild der StromGVV, weil die StromGVV gerade eine Verhältnismäßigkeitsabwägung und eine Unterbrechung der Versorgung erst bei Rückständen ab 100 € vorsieht. Die Klausel ist somit unwirksam. Es gilt das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion. Selbst wenn es dem K nach § 19 StromGVV in der Grundversorgung hätte zugemutet werden können, das Futter für seinen Kater nicht aufwärmen zu können, kommt es hier auf diese Verhältnismäßigkeitsabwägungen nicht mehr an, weil die Klausel auch insoweit unwirksam ist.

Weiter



A. Anspruch aus § 16 des Stromlieferungsvertrages der Parteien

1. Vertragsklausel
2. Zwischenergebnis
3. AGB-Kontrolle
 - a) Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB
 - b) Verstoß gegen die Regelbeispiele der §§ 309, 308 BGB
 - c) Vereinbarkeit der Klausel mit § 307 BGB
 - d) Zwischenergebnis

B. Ergebnis

B. Ergebnis

Die Versorgungsunterbrechung ist rechtswidrig. Die Stromwerk GmbH hat die Stromversorgung unverzüglich wiederherzustellen.

[Weiter zum Lösungsbaum](#)



Lösungsbaum

A. Anspruch aus § 16 des Stromliefervertrages der Parteien

1. Vertragsklausel
2. Zwischenergebnis
3. AGB-Kontrolle
 - a) Anwendbarkeit der §§ 309, 308 BGB
 - b) Verstoß gegen die Regelbeispiele der §§ 309, 308 BGB
 - c) Vereinbarkeit der Klausel mit § 307 BGB
 - d) Zwischenergebnis

B. Ergebnis